

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“.

Druckerei des Verlags: 12.50, durch die Ausgabezeiten bezogen: 12.50, durch die Ausgabezeiten bezogen: 12.50, durch die Ausgabezeiten bezogen: 12.50.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 655-32.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Druckerei des Verlags: 12.50, durch die Ausgabezeiten bezogen: 12.50, durch die Ausgabezeiten bezogen: 12.50, durch die Ausgabezeiten bezogen: 12.50.



Druckerei des Verlags: 12.50, durch die Ausgabezeiten bezogen: 12.50, durch die Ausgabezeiten bezogen: 12.50, durch die Ausgabezeiten bezogen: 12.50.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Samstag, 8. April 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 168. • 70. Jahrgang.

## Die Abrüstung.

Die französische Kammer hat nur wenige Tage vor der Konferenz in Genua mit 320 gegen 237 Stimmen die beantragte Verkürzung der Dienstzeit abgelehnt. Man wird in Amerika die Ohren spitzen, denn dort hat man längst erkannt, welcher enge Zusammenhang zwischen der französischen Weigerung, abzurüsten, und der Unlösbarkeit des Reparationsproblems besteht. Von französischer Seite sogar ist mehrfach zugestanden worden, daß für den Wiederaufbau der zerstörten französischen Provinzen aus den bisherigen Reparationszahlungen Deutschlands noch nicht ein Pfennig verwendet werden konnte, weil die gesamten deutschen Milliarden für Besatzungszwecke und für Rüstungszwecke verbraucht worden sind. Diese Erkenntnis hat im Grunde Amerika veranlaßt, sich allen Verhandlungen über die Regelung des Reparationsproblems fernzuhalten, jeden Erlaß der französischen Schulden abzulehnen und sogar den Anspruch auf Ersatz der amerikanischen Besatzungskosten aufrechtzuerhalten. Aus dem gleichen Motiv heraus hat kürzlich auch England den französischen Schuldner an die Verzinsung seiner Schulden erinnert. Amerika und England sind längst einig in der Forderung allgemeiner Abrüstung. Poincaré und die Seinen mühten eigentlich längst die Zeichen der Zeit erkannt haben. Die Abrüstungsfrage ist in den Mittelpunkt der Weltpolitik getreten. England und Amerika haben sich einander genähert. Sie stehen im Begriff, eine neue Entente, ohne Vertrag und schriftliche Abmachungen freilich, ins Leben zu rufen, deren Ziel die Entwaffnung der Welt ist. Wenn Frankreich an seinem Militarismus festhält, muß es von selbst in einen starken Gegensatz zu der in der Bildung begriffenen anglo-amerikanischen Allianz gelangen.

Die Mittel, die die Politik Poincarés gegen diese Frankreich drohenden Gefahren in Anwendung bringt, sind unwirksam. Man stützt sich auf die kleine Entente und sucht mit deren Hilfe eine Art Vorherrschaft auf dem Kontinent auszuüben. Aber wie es scheint, wird auch diesmal die Vorkonferenz der alliierten Mächte in Genua ohne Hinzuziehung der kleinen Entente stattfinden. Frankreich hat also in diesem Falle sein Ziel nicht erreicht und wird auch auf der Vorkonferenz, wenn England und Italien mit Japan einig sind, keine weitgehenden Forderungen für Genua nicht durchsetzen können. Das andere Mittel, das der französische Politik noch verblieben ist, besteht in der fortwährenden Behauptung, daß Deutschland nicht abgerüstet habe, weder geistig noch militärisch, und daß daher auch Frankreich sein Heer nicht abbauen könne. In der Kammerdebatte über die Verkürzung der Dienstzeit hat Poincaré lobend wieder alle Register dieses politischen Instrumentes gezogen. Aber die Welt hat sich allmählich an diese Töne gewöhnt. Sie machen keinen Eindruck mehr. Es bedarf kaum der nicht existierenden deutschen Propaganda, um der Welt bezeugt zu machen, daß Deutschlands Heer nicht mehr besteht, daß das deutsche Volk völlig wehrlos geworden ist.

Vergeblich sucht Poincaré die Schuld an der französischen Heerespolitik auf Deutschland abzuwälzen. Seine Reden gegen Deutschland verhallen heute ohne Echo, weil in Deutschland kein Säbelraseln mehr zu erwidern vermag. Die Welt ist der militärischen Töne allmählich müde geworden. Frankreich ist auf dem Wege zur Vereinfachung. Man beginnt das in weitestgehenden französischen Kreisen auch schon zu erkennen. Die Welt wird sich endlich klar darüber werden müssen, daß Genua sinnlos, ein Weltfrieden unerreichbar ist, solange die Abrüstung nicht überall durchgeführt worden ist!

### Lloyd George für eine 10jährige Ruhepause.

W. T. B. London, 7. April. „Evening Standard“ zufolge besteht Grund zu der Annahme, daß Lloyd George die Verminderung der Landrüstungen zu einem der hauptsächlichsten Punkte seiner Genueser Politik machen wird. Der Premierminister lebe nicht ein, weshalb nicht eine zehnjährige militärische Ruhepause in der Art, wie sie in Washington beschlossen worden ist, festgesetzt werden könne.

### Der Vorschlag einer internationalen Anleihe.

D. Paris, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) In den maßgebenden französischen Kreisen wird erklärt, daß zwischen Berlin und Paris seit kurzem ein reger Meinungsaustausch stattfindet, der sich ungeachtet der Formel bringen läßt, daß die Wiederherstellungskommission der deutschen Regierung inoffiziell nahegelegt, in ihrer Antwort auf die Reparationsnote praktische Vorschläge für die Aufnahme einer internationalen Anleihe für Deutschland zu machen.

## Die Unterredung zwischen Lloyd George und Poincaré.

D. Paris, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Der englische Ministerpräsident, der gestern um 8 Uhr früh abreiste und um 1 Uhr mit dem gewöhnlichen Postdampfer in Calais anlangte, wurde vom Unterpräsidenten empfangen und setzte seine Fahrt dann in einem eigenen Salonwagen nach Paris fort. Er kam abends 5.20 Uhr auf dem Nordbahnhof hier an. Der englische Premierminister war begleitet von Sir Robert Borne und dem Kriegsminister Evans. Ferner reisten mit ihm seine Gemahlin und seine Tochter, die sich während der Konferenz in Genua aufhalten werden. Der Aufenthalt von einer Stunde, während welcher kein Wagen für die Abfahrt nach Genua zum Loener Bahnhof überführt wurde, galt einer Besprechung mit dem französischen Ministerpräsidenten, die im Eisenbahnwagen stattfand. Poincaré, Barthou und della Rocca nahmen französischerseits an der Unterredung teil. Um 6.35 Uhr reiste Lloyd George nach Genua ab.

D. Paris, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Über den Verlauf der Unterredung zwischen Poincaré und Lloyd George erfahren wir von sicherer englischer Stelle folgendes: Die Unterredung hatte einen sehr angenehmen Charakter. Beide Ministerpräsidenten betonten die Notwendigkeit eines engen Zusammenhanges Frankreichs und Englands in Genua. Lloyd George sagte keine Auffassung von der Gesamtlage auseinander. Es besteht Grund zu der Annahme, so wird englischerseits gesagt, daß Poincaré ebenfalls davon überzeugt ist, daß ein Scheitern der Konferenz von Genua infolge englich-französischer Differenzen zu bedauern wäre. Poincaré versicherte Lloyd George, daß die französische Delegation in Genua im Einvernehmen mit der englischen Delegation arbeiten werde. Die Bedingungen für die Auflösung der Delegationen in Genua sind nicht geändert worden. Der Umstand, daß die französische Delegation ohne Vollmacht nach Genua reist, ist in der Besprechung gar nicht erwähnt worden, weil englischerseits die Auffassung vertreten wird, daß diese Frage eine rein innere Angelegenheit der französischen Regierung sei.

Am. Paris, 8. April. Havas berichtet über die Zusammenkunft zwischen Lloyd George, Poincaré und Barthou noch einige Einzelheiten. Die Konferenz habe eine untergeordnete Stelle eingenommen und sei von größter Wichtigkeit gewesen. Man habe sich einig über die Konferenz in Genua betreffende Fragen unterhalten. Lloyd George habe Wert darauf gesetzt, von selbst im Beisein Barthous die Verpflichtungen zu erneuern, die er im Verlauf der Boulogner Zusammenkunft mit Poincaré eingegangen sei. Es würden also keineswegs der Vertrag von Versailles oder die anderen Verträge, die das Schicksal Mittel-Europas regeln sollten, auf der Genueser Konferenz zur Erörterung gestellt werden. Die Entwaffnungsfrage könne nur bezüglich Rußlands erörtert werden, das noch mehr als eine Million Soldaten besitze. Lloyd George habe besonders darauf aus zu sein, zu positiven Entscheidungen zu kommen. Poincaré und Barthou hätten erklärt, sie teilten ebenfalls diese Ansicht und wünschten, daß die Konferenz wirklich ein praktisches Programm annehme unter der Bedingung, daß nicht an den wohlverordneten Rechten Frankreichs gerüttelt werde. Sie hätten zu verstehen gegeben, daß dieses Programm damit der technischen Vorbereitung infolge der Vertagung der Konferenz auf den 10. April verwirklicht zu werden könne. Lloyd George habe ausgeführt, daß tatsächlich ein Abereinstimmen in den Fragen der Wehrkurve, des Münzwesens, der Zölle zwischen Frankreich und England von größtem Interesse und größter Dringlichkeit sei, und zwar nicht nur über die Hauptgrundzüge, sondern auch über die Modalitäten. Poincaré habe Lloyd George gegenüber, als dieser die Hoffnung ausgedrückt, ihn an der Arbeiten der Konferenz teilnehmen zu lassen, geantwortet, er rechne wohl damit, sich nach Genua zu begeben, wenn der Präsident der Republik nach Frankreich zurückgekehrt sein werde. In Abwesenheit des Staatsoberhauptes sei es ihm aber trotz besten Willens unmöglich, Paris zu verlassen. Die wichtigsten Sitzungen der Konferenz würden die sein, in denen die endgültigen Beschlüsse gefaßt würden und diese Sitzungen könnten nicht vor Ende des Monats abgehalten werden. Die drei Minister hätten sich auch über die Vorbereitungen in Genua vor der Eröffnung der Konferenz unterhalten.

Havas meint zum Schluß, es erbehe sich aus der Unterredung, daß die Abereinstimmung zwischen Frankreich und Großbritannien enger sei als je. Lloyd George habe den beiden französischen Ministern versichert, daß keine abweichende Meinung zwischen den beiden Nationen über die Genueser Konferenz bestehe.

W. T. B. Paris, 8. April. Die Mitteilungen der Morgenblätter über den Inhalt der Unterredung zwischen Lloyd George, Ministerpräsident Poincaré und dem ersten französischen Delegierten, Justizminister Barthou, lauten verschieden. Ein offizielles Kommuniqué ist über die Verhandlungen nicht ausgearbeitet worden.

Nach dem „Petit Parisien“ soll Lloyd George alles das bestätigt haben, was in Boulogne verabredet wurde. Die beiden Regierungschefs hätten also ihr

### vollkommenes Einverständnis

über die folgenden drei Punkte ausgesprochen:

1. Die Verträge dürfen nicht in Frage gestellt werden.
2. Das Reparationsproblem darf nicht berührt werden.
3. Selbst die Frage der Entwaffnung des russischen Heeres kann unter keinen Umständen die Frage der allgemeinen Einschränkung der Rüstungen nach sich ziehen.

Es sei verabredet worden, daß an der vorbereitenden Sitzung der Führer der einladenden Staaten aus Belgien teilnehmen solle. Sobald die Chefs der fünf großen Länder sich geeinigt hätten, könnten auch die Vertreter der anderen Staaten zugelassen werden. Es verhebe sich aber von selbst, daß

die Vertreter Deutschlands nicht an allen Beratungen teilnehmen könnten, das sei selbstverständlich, wenn man sich daran erinnere, daß die alliierten Mächte augenblicklich mit den Deutschen in der Reparationskommission in Diskussion seien, und daß diese Diskussion mit einem Bruch enden

könne, wenn der Standpunkt der Alliierten nicht angenommen würde. Nach dem „Echo de Paris“ soll der Standpunkt Lloyd Georges hinsichtlich der

### Anerkennung von Sowjetrußland

sich hart der französischen These genähert haben, namentlich was die Garantien anbetraf, die vor der Anerkennung gefordert werden sollen. In dieser Frage scheint, so meint der „Petit Parisien“, Lloyd George die Wünsche der englischen Handelskammern in Betracht gezogen zu haben, und er sei jetzt geneigt, die Argumente günstig aufzunehmen, die die Vertreter der russischen Kaufleute und der kleinen Staaten, insbesondere die Tschechoslowakei und Polen, vorbringen könnten. Es sei auch sehr wahrscheinlich, daß man in Genua von der

### Regelung der alliierten Schulden und der Aufnahme einer internationalen Anleihe

sprechen werde. Der „Petit Parisien“ ist der Ansicht, daß durch die geistige Unterredung die Konferenz auf vorbereiteter Basis sei. Die Frist, die Poincaré erzielt habe, habe gestattet, einzelne Fragen, deren Studium noch nicht genügend vorangewandt gewesen sei, weiter zu bearbeiten.

Nach dem „Deuxième“ ist die Unterredung „besitz“ gewesen, als die Frage der

### Organisation der Konferenz

angeschnitten wurde und als der englische Premierminister einen klar entwickelten, einen klaren Plan der Großmächte einschließlich Deutschlands, einzuweisen, der die Debatte leiten solle. Poincaré habe erklärt, es sei ihm unmöglich, den Vertreter eines Landes mit den Delegierten der alliierten Staaten auf dem Wege der Gleichheit verhandeln zu lassen, dem gegenüber vielmehr die Entente gezwungen sein sollte, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Lloyd George habe jedes Vorhaben über diesen Gegenstand verurteilt, und zwar in einer so offenen, klaren Art, daß darauf eine gewisse Verlegenheit entstanden sei. Eine zweite Schwierigkeit habe sich anläßlich der Frage der

### Einschränkung der Rüstungen

eröffnet. Der englische Premierminister habe erklärt, er wolle vor allen Dingen die Abrüstung des Sowjetreiches verlangen; aber als man ihn gebeten habe, seinen Gedanken weiter zu entwickeln, habe er vage geantwortet und mehrmals wiederholt:

„Man muß in Genua zu einem Ergebnis gelangen; wir

suchen nicht nach Genua, um nichts zu erzielen!“

Schließlich sei man auf die dritte Meinungsverschiedenheit gekommen, als man das Problem der internationalisierten Schulden angeschnitten habe. Lloyd George habe es für unerlässlich erklärt, daß man zu einer allgemeinen Liquidierung der Forderungen gelange. Poincaré habe darauf erwidert: „Man wird in Genua leben; man wird prüfen!“ Bis zu diesem Augenblick habe die Unterredung viel mehr zu Widerständen als zu Einverständnissen geführt. Sie habe einen allfälligen Verlauf genommen, als man von Rußland gesprochen habe; denn Lloyd George habe sich geäußert viel weniger nachsichtig geäußert als in Boulogne. Zum erstenmal habe auch Lloyd George von Polen und zwar in einem der nachdauer Regierung günstigen Sinne, gesprochen. Kurz und gut, so bemerkt das Blatt, die Unterredung der beiden Premierminister hat einige bedeutende Einverständnisse gebracht.

Die „Ere Nouvelle“ glaubt, daß über viele Punkte ein Einverständnis erzielt worden sei, aber nicht in der Frage der Abrüstung. Lloyd George habe für die Dauer der Konferenz von Genua

### eine künftige Konferenz der Großmächte

verlangt; dem habe sich Poincaré widersetzt, aber es sei ein Einverständnis über die Grundlagen einer internationalisierten künftigen Konferenz gefunden worden. Hinsichtlich der Anerkennung der Sowjets sei eine Art Kompromiß zustande gekommen, und zwar zwischen der russischen Forderung nach Wiederaufnahme und der Frage der Übernahme der Schulden der ehemaligen Regierung durch die Sowjets. Der allgemeine Eindruck sei gewesen, daß England und Frankreich ihr Möglichstes tun würden, um sich in Genua zu verständigen, und daß es in jedem Falle

### zu keiner ersten Meinungsverschiedenheit

kommen werde. Man erkläre auch, daß Lloyd George dem französischen Standpunkt viele Konzessionen gemacht habe.

W. T. B. London, 8. April. (Drahtbericht.) Dem Bericht der „Times“ zufolge hat Lloyd George den französischen Premierminister bei der gestern in Paris stattgefundenen Besprechung, wie angenommen wird, in sehr deutlichen Worten erklärt, die Demokratie Englands erhoffe von der Konferenz von Genua Großes und werde keiner Macht verzeihen, deren Haltung den Erfolg der Konferenz von Genua gefährde. Dem Berichterstatter des „Daily Chronicle“ zufolge hat Lloyd George Poincaré außerdem erklärt, jeder Versuch Frankreichs, in Genua eine andere Politik anzunehmen, müsse eine verhängnisvolle Wirkung haben, und Frankreich auch in Großbritannien politisch schädigen. Lloyd George erkläre Poincaré, daß die Forderungen jeder negativen oder passiven Politik, die er maßlos übersteige, beabsichtigt, wohl zu überlegen. Dem Berichterstatter zufolge habe Poincaré Lloyd George ohne Unterbrechung bis zum Ende an, erkläre jedoch, als Lloyd George seine Ausführungen beendet hatte, nachdrücklich, Großbritannien könne auf die Unterhaltung Frankreichs rechnen, so lange von den Bedingungen des Boulogner Abkommens nicht abgewichen werde.

### Gegen Dr. Hermes.

Br. Berlin, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Korrespondenz kündigt an, daß bei der Beratung des preussischen Justizetats sofort nach der Osterpause der preussische Justizminister mit allem Nachdruck gefragt werden soll, weshalb die Staatsanwaltschaft noch nicht Anklage gegen den Reichsminister Dr. Hermes wegen positiver Beamteneinstellung und Amtsmißbrauchs erhoben habe. Unter Umständen werde durch eine direkte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft nachgeholfen werden.

## Genuas Begrüßungsausruf.

D. Genua, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Bürgermeister von Genua hat einen hoffnungsvollen Ausruf an die Bevölkerung gerichtet, in dem u. a. gesagt wird:

Die Stimmen von Millionen von Gefallenen rufen uns an, ihr Opfer sei nicht gebracht worden, um die Welt in ewiges Ungemach zu werfen. Die Wohlfahrt der Menschen muß wiederhergestellt, der Gütertausch wieder aufgenommen, die Beziehungen aller untereinander müssen wieder angeknüpft werden. Unsere Stadt ist stolz darauf, als Sitz dieses neuen Kongresses auserwählt worden zu sein, wo zur Versöhnung bereits Verbündete, Neutrale und Feinde von gestern und alle die jungen Nationen zusammenkommen. Im Herzen jedes Italiens brennt der Wunsch, dies möchte endlich ein wahres Osterfest des Friedens werden.

## Die Abreise des Reichskanzlers.

Br. Berlin, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Reichskanzler Dr. Brüning hat gestern Abend gegen 1/2 9 Uhr Berlin verlassen, um sich zunächst nach Freiburg zu begeben. In Freiburg wird er dann heute den von Dr. Rathenau benutzten Sonderzug besteigen und mit diesem die Weiterreise nach Genua antreten.

## Zwei deutsche Weiskücher.

Br. Berlin, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Delegation für Genua, die heute Berlin verläßt, nimmt laut „Volksanzeiger“ zwei Weiskücher mit, die den Titel „Material zur Vorbereitung für die Konferenz von Genua“ führen. Die beiden Weiskücher dienen der Delegation als Unterlage und enthalten Zusammenstellungen über wirtschaftliche Fragen.

Zu den bereits gemeldeten Sachverständigen für Genua tritt noch der frühere Reichskanzler Dr. von Kaumer hinzu.

## Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Br. Berlin, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) In der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wiesen sämtliche Redner mit Nachdruck darauf hin, daß die Reichsregierung in Genua unter keinen Umständen über die Grenze unseres bisherigen Angebots an Reparationsleistungen hinausgehen dürfe. Unser Wirtschaftslieben sei nicht in der Lage, noch größere Lasten zu tragen. Jene welche Beschlüsse wurden in der Sitzung nicht gefaßt.

## Eine Vorversammlung.

Am. Rom, 8. April. Am Sonntag findet in Genua eine Vorversammlung zwischen den Vertretern der einladenden Mächte statt. Die nach Savas ausschließlich besetzt, einige Fragen bezüglich der Organisation der Konferenz zu lösen. Es sei wahrscheinlich, daß daran auch Belgien teilnehme.

## Amerikas Vertretung in Genua.

D. Paris, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Der amerikanische Gesandte in Rom hat den Generalsekretär der Konferenz von Genua davon benachrichtigt, daß er in den nächsten Tagen in Genua eintreffen werde, und zwar nur in der Eigenschaft eines Berichterstatters für seine Regierung.

## Die Grundsätze der russischen Delegation.

Am. London, 7. April. Der Berichterstatter des „Daily Herald“ in Wien, der mit den bolschewistischen Vertretern bis zur italienischen Grenze gereist ist, hat seinem Blatte telegraphiert, Tschitscherin habe ihm die Grundsätze auseinandergesetzt, die von der russischen Delegation in Genua vertreten würden. Diese Grundsätze seien:

1. Die Staatshoheit Rußlands müsse anerkannt werden.
2. Sein wirtschaftliches System müsse unter der Aufsicht der Sowjets bleiben.
3. Das soziale Werk der Revolution müsse unberührt bleiben.

Der Berichterstatter fügt hinzu, Tschitscherin begünstige eine allgemeine Abrüstung und er werde in Genua darauf bestehen, daß die durch die Intervention Englands und Frankreichs in Rußland entstandenen Schäden ersetzt würden.

## Der Reichstag zur Not der Presse.

Br. Berlin, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Im Mittelpunkt des Interesses der Freitagssitzung des Reichstages stand der von den verschiedenen Parteien unterstützte Antrag des Abg. Löbe (Eos.) betr. die Not der Zeitungen auf wirtschaftlichem Gebiete. In dem Antrag wird die Reichsregierung ersucht, mit möglicher Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Not der Zeitungen wirksam gesteuert wird.

Reichspräsident Lohse führte in seiner Eigenschaft als Abgeordneter aus: Gehörten Sie, daß ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Not der Zeitungen lenke. In den letzten Monaten sind 170 deutsche Zeitungen und Zeitschriften eingegangen. Es sind die kleinen und mittleren Provinzialblätter und politischen Organe, lokale und hohendünigste Blätter, die zum Teil auf eine lange Vergangenheit zurückblicken, die heute erliegen müssen. Uns in der Großstadt mögen diese Zeitungen wenig, dürfte erscheinen. Für ihren Besitz und angepaßt ihrem Selbstleben bilden sie jedoch

ein Stück des geistigen und politischen Lebens. verformen etwas wie ursprüngliche Heimatseelsucht und Heimatliebe. Ich merke die Frage auf: Gibt es kein Mittel, diese Katastrophe abzumildern, und wenn nicht, was muß dann eintreten? Dann ist es nicht nur die Provinzialpresse, die ihren Untergang findet, denn auch die großen Organe leiden. Wir sind zusammen gewachsen mit Vertretern der angesehensten deutschen Zeitungen. Es waren das die Vertreter der Zentralorgane großer deutscher Parteien, die uns mit fröhlichen Zahlen dargelegt haben, welches ihr Schicksal ist. Gewiß werden nicht alle eingehen, aber die einen werden ihren Charakter ändern und die anderen werden in ungewohnter Weise verkümmern. Die großen deutschen Zeitungsunternehmen, die ich nicht zu nennen brauche, die sie alle kennen, sind davon bedroht, daß sie zusammenstürzen. Ihren kulturellen, politischen, geistigen, künstlerischen und literarischen Teil einschränken müssen, daß sie, das ist keine Übertreibung, unseren Schriftstellern und Journalisten das Brot nehmen müssen, daß sie den anpruchsvollsten Lesern das Beste aus der Zeitung entziehen müssen. Die anderen Zeitungen, und das ist das Schlimmere, werden zu Nebenbetrieben fremder Gewerbe erniedrigt. Sie werden aufgekauft von Wirtschaftsmagnaten,

eine Entwicklung, die wir jetzt an der Hand gelegentlicher Meldungen schon beobachten. Diese Zeitungen, deren politische Selbständigkeit und deren Eigenart unter Stolz in Deutschland gewesen ist, werden nicht mehr Repräsentanten selbständiger politischer Gruppen sein, sondern als Anhängel von Interessengruppen auftreten. Es wird diejenige öffentliche Meinung fabriziert werden, die man zu haben wünscht. Aber noch mehr, in das Zeitungsgewerbe dringt Randa nach und

## fremdes ausländisches Kapital

ein. Es droht die Gefahr, daß Zeitungen, die in deutscher Sprache, in deutschem Lande erscheinen, zum Diener fremder ausländischer Interessen gemacht werden, weil die Verleger nicht in der Lage waren, ihren Betrieb weiter zu führen, und diese Entwicklung scheint mir schwere soziale, kulturelle und nationale Gefahren in sich zu bergen, vor denen gerade wir im deutschen Reichstag die Augen nicht verschließen dürfen. Es muß sich ein Parlament und eine Regierung finden, die die ganze Tragweite dieser Entwicklung übersteht und ihr Einhalt tut. Wir wollen die Regierung ermächtigen, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages die bisher vorgeschlagenen Abhilfsmittel in der Form eines Gesetzesentwurfes vorzulegen. Solange uns die arden Waldungen des Ostens in Polen und Rußland nicht erschlossen sind, muß Vorkorge getroffen werden, daß das wichtigste Rohprodukt für das Papier, das Holz, unter kritischen Bedingungen der Rohstoffversorgung steht. Die Fortbewältigung der Zeitungen in der Not bestehen. Wir erheben unsere Stimme, am Reichstag, Reichsregierung und Landesregierungen auf die Folgen dieser Entwicklung hinzuweisen und sie zu warnen vor dem

## Unteranga eines Stills Stillstands.

vor einer Überforderung der deutschen öffentlichen Meinung, die wir heute einmal bitter beklagen würden. Staatssekretär Dirich vom Reichswirtschaftsministerium gab eine Erklärung ab, in der er zum Ausdruck brachte, daß die Reichsregierung mit besonderem lebhaftem Interesse das Schicksal der deutschen Tagespresse verfolgte. Die Reichsregierung werde alles, was angesichts der schwierigen Wirtschaft- und Finanzlage vertretbar erscheine, tun, um die Not der Zeitungen zu lindern. Staatssekretär Dirich ging besonders auf

die schwierige Lage der Presse des besetzten Gebietes ein, deren wirksam- und vorbildliche Tätigkeit namens der Regierung anerkannt wird.

Darauf wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Der Reichstag wandte sich dann der Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend die Verlegung der in Folge der Annahme des Ultimatums der Verbandsstaaten vom 5. Mai 1921 entlassenen Soldaten des Reichsheeres an. Die Vorlage bestimmt, daß die Soldaten der Verlegung als Entschädigung erhalten, die ihnen beim Vorliegen von Dienstunfähigkeit nach dem Wehrmachtverordnungsgebot zu gewährt wäre.

Die Abstimmung über die Vorlage wurde wegen schwacher Beteiligung des Hauses vorerst zurückgestellt.

Der Gesetzentwurf über Änderung der Geldhefte in der Unfallversicherung wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Gesetzentwurf über Änderung der Reichs-Verfassung wurde einstimmig angenommen.

Darauf erledigte das Haus ohne weitere Aussprache in zweiter und dritter Lesung den von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingebrachten Gesetzentwurf, wonach die durch Gesetz vom 29. Juli 1921 erhöhten Wochenbeihilfen und das Wochenstillgeld auch weiterhin diejenigen erhalten, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes entbunden worden sind.

Einstimmig angenommen wurde darauf ein vom Ausschuss für Beamtenangelegenheiten eingebrachter Antrag, der die Reichsregierung ersucht, dem Reichstag bis zu seinem Wiederzusammentritt eine Denkschrift über die geltende Gehaltskala für die Beamten vorzulegen.

Beim Etat des Reichsministeriums des Innern wies in Fortsetzung der Debatte in der zweiten Lesung bei den Ausgaben für die Polizei und die Technische Nothilfe Abg. Berndt (D. R.) auf Zuteilungserleichterungen in der Summe hin.

Abg. Aufhäuser vertrat, den Nachweis vollkommener Unzulänglichkeit und Überflüssigkeit der Technischen Nothilfe zu erbringen.

Abg. Schreiber (Str.) nahm die Technische Nothilfe sowie die Sportvereine in Schutz. Er ging dann auf die von der Deutschen Volkspartei angeschnittene sachliche Frage über und stimmte zu, daß die Regierungskommission in Sachen sich größerer Zurückhaltung befleißigen müßten. Die Technische Nothilfe betrachte seine Partei nur als Notzustand, nicht als Ideal.

Reichlicher Minister des Innern Severing wies die Angriffe des Abg. Berndt gegen die Summe zurück.

Minister Dr. Köster teilte mit, daß ein Reichsrahmengesetz für die Schulpolizei fertiggestellt sei und befragte sich dann in längeren Ausführungen mit der Technischen Nothilfe. Auch er bezeichnete sie als ein Instrument der Not und sie selbst habe es als ihren größten Erfolg an, wenn die Arbeiterklasse durch sie veranlaßt werde, die Notstandsarbeiten selbst durchzuführen.

Die Etatsanforderungen für die Gruppe Kriegergräberfürsorge wurden ohne Aussprache bewilligt.

Nach Erledigung einer großen Reihe von Beilagen und Ausschüssen wurde dann noch in allen drei Lesungen das Diätengesetz für Abgeordnete angenommen, wodurch die Diäten sich monatlich auf 5000 Mark erhöhen.

Präsident Löbe schloß darauf die Tagesordnung mit folgenden Worten:

In den nächsten Tagen wird die

## Konferenz von Genua

stattfinden, die das große Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Welt behandeln soll und an der zum ersten Mal Vertreter der deutschen Republik als gleichberechtigte Mitglieder teilnehmen werden. Ohne übermäßig hohe Hoffnungen zu erwecken, wünschen wir der Konferenz von Genua guten Erfolg, aber niemand unter uns wird sich verhehlen — ich darf das hervorheben im Hinblick auf die Konferenz, die vor einigen Tagen in diesem Hause stattgefunden hat — daß das Ziel der wirtschaftlichen Erhellung nicht erreicht werden kann, solange man um das Zentralproblem herumgeht und nicht auch zur Erörterung stellt die Erleichterung der ungewohnten Reparationslasten und die Revision des Versailler Vertrags. Die Tage, die vor uns liegen, sollen den Gliedern unseres Volkes Gelegenheit zu ein paar Tagen der Erholung geben, aber diese Erholung wird beeinträchtigt durch die Sorge um

## die Randa wachsende Teuerung.

Wir rufen den Staatsmännern zu, daß sie bei ihrer ernsten Arbeit sich helfen mögen, damit die Verzweiflung der Völker uns nicht in neue Katastrophen führt.

Der Präsident wurde ermächtigt, die nächste Sitzung festzusetzen, jedoch nicht nach dem 2. Mai.

## Eine Interpellation über eine Autonomie der Rheinlande.

Br. Berlin, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Dem Reichstag ist eine Interpellation Dr. Stresemann (D. R.) und Gen. ausgegangen, in der die Regierung befragt wird, ob ihr bekannt sei, daß zwischen England und Frankreich Verhandlungen schweben, die unter Gegenleistung für eine Zurückführung der Besatzungstruppen eine Autonomie der Rheinlande unter französischer Aufsicht beabsichtigen.

Die Interpellation soll als erster Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung nach den Serien gelegt werden.

## Wiesbadener Nachrichten.

## Stadtverordnetenversammlung vom 7. April 1922.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung war von 43 Mitgliedern besucht und wurde von dem stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Gerhardt geleitet. Es folgte zunächst die Einführung und Verlesung des Stadtrats. Bräunig, der für den zum Stadtrat gewählten Dr. Doderhoff in das Kollegium neu eintritt. Der stellvertretende Vorsteher Gerhardt nahm die Verlesung des neuen Stadtverordneten durch Handschlag vor, wobei er in eindringlichen Worten auf die verantwortungsvollen Aufgaben eines Stadtverordneten hinwies, die er für die Allgemeininteressen und das Wohlbefinden der Stadt zu erfüllen habe. Stadtr. Bräunig gehörte der demokratischen Fraktion an — Die Versammlung beschloß, sie dann mit

## Gehalts- und Lohnverbesserungen der städtischen Angestellten, Arbeiter und Beamten.

worüber für den Finanzausschuss Stadtr. Schröder berichtete. Der Redner betonte, daß infolge der gerade in letzter Zeit so gewaltig ausgenommenen Teuerung die Erhöhung der Gehälter und Löhne der Reichs- und Staatsbeamten sowie Arbeiter notwendig werde, was auch eine dementsprechende Aufbesserung der kommunalen Beamten, Angestellten und Arbeiter zur Folge habe. Es handelt sich dabei um die Vorlagen, betr. die Erhöhung der Besoldungszulagen sowie Bewilligung von Übersteigerungszulagen an die Beamten, Angestellten und städtischen Angestellten sowie Arbeiter. Im ganzen betragen die Mehraufwendungen für die Zeit vom 1. Januar 1922 bis 1. April 1922 für die Beamten rund 1.080.000 M., für die städtischen Angestellten für die gleiche Zeit etwa 500.000 M., für die Arbeiter rückwirkend vom 1. Oktober 1921 bis 1. April 1922 3.330.000 M., so daß eine Summe von etwa 5 Millionen Mark erforderlich ist. Eine Deckung dafür ist nur zum Teil vorgelegen, und zwar zu einem Betrag von 1 Million Mark, die das Gas- und Wasserwerk ausbringen soll, während die restlichen 4 Millionen Mark im neuen Etat bilanziert werden. — Es entstand nun eine lange Debatte. Stadtr. Bausch (Eos.) nahm sich besonders der städtischen Angestellten an, deren Gehaltsverbesserungen mit der Teuerung nicht Schritt gehalten hätten und in keinem Verhältnis zu den Gehaltsaufbesserungen der höheren Beamten ständen. — Stadtr. Hofmann (Eos.) unterstützte den Vorredner und machte dem Magistrat zum Vorwurf, daß er in solchen Fragen zu langsam vorgehe, denn die Reichs- und Staatsbeamten sowie Arbeiter seien bereits seit Wochen in dem Genuß dieser Gehalts- und Lohnaufbesserungen. Er stellte zum Schluß den Antrag, das Gehalt für den Monat April bereits bis zum 15. April im Voraus zu zahlen. — Beig. Spieker machte in seiner Erwiderung darauf aufmerksam, daß sich die Lohn- und Gehaltsregelungen immer nach den Beschlüssen in Berlin richten müßten. Den höchsten Lohn- und Gehaltsstufen seien auch diesmal die dort beschlossenen Sätze für Arbeiter und Beamte gleichmäßig ausgedrückt. Es ergebe sich dadurch, daß jetzt ein Prozentual eine Verkleinerung des Einkommens ausmache der Beamten, so daß heute die Arbeiter sich auch absolut besser stellen als die städtischen Angestellten und unteren Beamten. Daraus könne man aber nichts ableiten, denn die Stadt sei an die Berliner Beschlüsse gebunden. — Nach weiteren Ausführungen der Stadtverordneten Greis (Kom.) und Bausch (Eos.) stellte Stadtr. Weber (Eos.) den Antrag, den Angestellten vor Ostern einen weiteren Vorschlag zu geben. — Auch Stadtr. Rumpf (Dem.) stimmte dem Antrag Hofmann zu, lehnte aber vor, an Stelle eines weiteren Vorschlusses den bereits gewählten Vorschlag von 1.500 M. jetzt nicht abzulehnen, sondern eine zeitliche zu stunden, womit den Leuten nicht mehr gebietet sei. — Bürgermeister Travers stellte gegenüber dem Vorwurf des Stadtr. Hofmann, daß in Wiesbaden lokale Angelegenheiten immer verzögert würden, fest, daß dies auf das Stillschanden zurückzuführen sei: wenn die Stadtverordneten in dieser Hinsicht dem Magistrat die nötige Vollmacht erteilten, dann könnten künftig die neuen Gehalts- und Lohnverbesserungen automatisch mit der Auszahlung an die Reichs- und Staatsbeamten erfolgen. Ein Vorschlag, auf den im weiteren Verlauf der Debatte auch Beig. Spieker wiederholt hinwies, der aber, wie Stadtr. Schröder bemerkte, keineswegs im Finanzausschuss mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden war. — Endschon einem Vorschlag des Stadtr. Komelet (Dem.) der dem Antrag des Stadtr. Hofmann zustimmte, wurde beizustimmen. Das Gehalt für April bis zum 15. April im Voraus zu zahlen, und zwar nicht nur an die städtischen, sondern auch an die städtischen Angestellten und alle diejenigen Beamten, die ihren Gehalt monatlich beziehen. — Die nächste Vorlage betraf die Beilegung von 300.000 M. an der zu gründenden

## Wohnungsfürsorgegesellschaft für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Die Angelegenheit geht schon auf den Herbst 1920 zurück, wo der damalige Landeshauptmann Kretel in einem Rundschreiben dazu aufforderte, und wie der Berichterstatter für den Finanzausschuss Stadtr. Lieder ausführt, seitens des Kommunalverbands ein Stammkapital von 1 Million Mark zur Verfügung gestellt wurde, wenn die Städte und Gemeinden den doppelten Betrag aufbringen würden. Die in Form einer G. m. b. H. zu gründende Gesellschaft soll auf gemeinnütziger Grundlage errichtet werden und in allen Fragen des Wohnungs- und Siedlungsbaues den Interessierten mit Rat und Tat zur Seite stehen, so in der Beratung und Unterbreitung des praktischen Wohnungsbaues, Beschaffung von Gelände und Baumaterialien, Ausarbeitung von Plänen, Geldbeschaffung und selbsttätige Herstellung von Siedlungen und Kleinwohnungen. Nach der Schaffung eines gewissen Taps, d. h. malenweise Herstellung einzelner Bauteile wird sich die Bauweise verbilligen lassen. Auch der Kommunalverband hat sich auf seiner letzten Tagung mit der Angelegenheit befaßt und die Verabschiedung des seinerzeit bewilligten Betrags von 1 Million auf 2 Millionen Mark beschlossen. Die Stadt Frankfurt a. M. wird sich mit 1/4 Million Mark beteiligen, ferner steht die Beteiligung der Landesversicherungsanstalt, der Stadt- und Landgemeinden sowie der gemeinnützigen Bauvereinigungen usw. in sicherer Aussicht. Es ist ein Satz von 3 M. pro Kopf der Bevölkerung zugrunde gelegt worden. Dementsprechend schlug der Magistrat vor, mit 300.000 M. der Gesellschaft beizutreten. — Stadtr. Kaichau (Zent.) bedauerte, daß man bei dieser Angelegenheit so wenig Rücksicht auf das besetzte Gebiet genommen hat und den Sitz nicht nach Wiesbaden, sondern nach Frankfurt verlegt. Außerdem wies er es nicht, warum nicht die Kassauische Siedlungsgesellschaft für diesen Zweck ausgebaut worden sei. Er stellte folgenden Antrag: 1. Die Stadtverordnetenversammlung möge einstimmig Bescheid gegen die Verlegung nach Frankfurt a. M. erheben, da dadurch die Interessen des besetzten Gebietes nicht genügend gewahrt würden; 2. die Bewilligung der geforderten 300.000 Mark sollen davon abhängig gemacht werden, daß das Reich sich mit 1 Million Mark mindestens mit 2 Millionen Mark an der Kassauischen Siedlungsgesellschaft beteiligt. Stadtr. Schröder (D. Volksp.) schloß sich dem Antrag gegen die Verlegung nach Frankfurt an. Es sei aber eine bestehende Tatsache, so daß daran wenig zu ändern wäre. — Stadtr. Doderhoff (Eos.) stimmte namens seiner Fraktion bedingungslos der Vorlage des Finanzausschusses



# Trinkt das gute Mainzer Aktien-Bier!

Niederlage  
Wiesbaden:  
Mauergasse 6.  
Telephon Nr. 577.

## Verdingung.

Die Erd-, Maurer- und Möbelsarbeiten zur Errichtung eines Pavillons für Unteroffiziere in Schierheim sollen öffentlich vergeben werden. Verdingungsunterlagen sind vorm. von 9-12 Uhr beim Reichsvermögensamt Wiesbaden, Bauabteilung, Zimmer 22, einzusehen, oder, soweit vorrätig, gegen Erstattung der Unkosten von 40 Mk., zu beziehen. Eröffnungstermin: Samstag, den 15. April 1922, nachmittags 3 Uhr, ebenda. F146  
Wiesbaden, den 8. April 1922.  
Reichsvermögensamt Wiesbaden.

## Thalia-Theater

Kirchgasse 72. Telephon 6137.

## Voranzeige!

Während der Karwoche

Montag, 10. bis einschl. Charfreitag, 14. April:

Das italienische Kunstwerk  
der Cines-Gesellschaft Rom

## Christus!

Ein Weihe-Festspiel in 6 Kapiteln  
von Fausto Salvatori,  
in Szene gesetzt von Graf Giulio Antamoro.  
Aufgenommen an den heiligen Stätten in  
Palästina und Aegypten, an den Ufern des  
Jordan, am See Tiberias und an den Ab-  
hängen des Kalvarienberges.

## Kaffee Panorama-Waldfrieden Dotzheim.

Wiener Kaffee  
Feinste Kuchen.

## Verband Deutscher Naturweinversteigerer Wein-Versteigerungen

im Rheingau.

In der Zeit vom 8. Mai bis 1. Juni 1922

bringen die Mitglieder der

Bereinigt. Rheingauer Weingutsbesitzer G. V.

ca. 1000 Halbstück

1915er, 1917er, 1919er, 1920er und 1921er

Rheingauer Naturweine zur Versteigerung,

darunter hervorragende Edelgewächse.

Interessenten erfahren Näheres durch ihre

Kommisssionäre, sowie durch den Geschäftsführer

Edward Goldendorff in Eltville i. Rhg.,

Rheingauer - traße 31. Fernsprecher 284.

Billiger als  
Haltbarer als

Kernleder

laut Prüfungszeugnis des Staatl. Material-  
prüfungs-Amtes, Berlin-Dahlem vom 27. 4. 21.

## Gollert-Sohlen

vereinen die Vorteile von Gummi und Leder-  
sohlen, ohne deren Nachteile zu besitzen. Monate-  
lang haltbar. Glänzende Zeugnisse von Privaten  
und Vereinigungen.

## Gollert-Sohlen

sind lautlos und elastisch, rutschen im Gebrauch nicht  
wie Gummi, weichen nicht gegen Kasse, halten den  
Fuß warm, werden nicht drückend.

## Gollert-Sohlen

lassen sich verarzbeiten wie Leder; nageln, nähen,  
kleben.

Preis pro Paar einschl. Auflegen in ein Werkstätt:

Damen- und Kinder-Sohlen . . . Mk. 50.—

Herren-Sohlen . . . Mk. 55.—

Gollert-Abzüge, je nach Größe, v. Mk. 4.25 an

Auskunft über weitere Verbilligung durch ein-

malige Verarbeitung im eigenen Hause.

## Gollert-Sohlen-Vertrieb

Eltville Str. 14 (an der Ringkirche).

Telephon Nr. 2980.

## Autovermietung

Telephon 501.

Offene und geschlossene Privat-  
wagen nach jeder Richtung.

Garage GRÜN

7 Taunusstrasse 7.

Fernsprecher  
6029.

## Die Tribüne

Schwalbacher  
Strasse 8.

Direktion: Gustav Jacoby.

Mittwoch, den 12. April, abends 8 Uhr:  
Der grösste Lacherfolg!

Zum 2. Male! Die Scheidungsreise Zum 2. Male!

Musikal. Schwan in 3 Akten von Rudolf Presber u. Leo Walter Stein.

Direktion und künstlerische Oberleitung Max Haas.

Der Schlager der Saison 500 Aufführungen in Berlin

Musik von Hugo Hirsch mit dem grossen Schlager

Warum denn weinen, wenn man auseinander geht.

Grosses Orchester. Musikal. Leitung: Kapellmeister Hans Hofmann.

Regie: Dir. Max Haas.

Eintrittspreise (zuzüglich 10 % Lustbarkeitssteuer): Korbssessel 40,

Sperrsitz 20.—, 1. Parkett 15.—, 2. Parkett 10.—, Galerie 1. Reihe 20.—,

Galerie 2. Reihe 10.—, Galerie 3. Reihe 6.—.

Vorverkauf: Kasse Wintergarten Sonntag, ab Montag: Kasse im

Wintergarten und Büro Tribüne, Blumenthal & Co., Born & Schotten-

fels Zigarrenhaus Christmann (Residenz-Theater).

Telephonische Bestellungen: 6029, 188, 950, 630, 3087.



Die ersten Sendungen

## Laboratoriums- Bedarfs-Artikel

für

Schulen, chemische Laboratorien, Aerzte  
usw. sind eingetroffen und von jetzt ab laufend  
erhältlich

## Domdrogerie Mainz

Reichshofstrasse 5. Telephonruf 618.

Weitere Sendungen werden anfangs April

erwartet. Nicht am Lager befindliche Instrumente

werden rashest bestellt. F147



## Die erkannte Person,

welche gestern während der Vorstellung in der

„Tribüne“ die mir vom Arm gefallene

## goldene Armband-Uhr

an sich nahm, wird aufgefordert, dieselbe bis Dienstag

abend im Restaur. Turngesellschaft, Schwalbacher Str. 8,

abzugeben, andernfalls Anzeige erfolgt.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

Ulrichs & Co.

## Berlitz-Schule

gegründet 1878.

Telephon 6593.

Neue Zirkel f. Anfänger

für Französisch

und Englisch

beginnen Montag, den

10. April, 7 Uhr abends

Rheinstr. 32.

Verkaufsstell. Wiesbaden.

Drogerien:

Geipel, Bleichstr. 19.

Jünke, Kals.-Fr.-Ring 30.

Spielmann Nachf.

Scharnhorststr. 12.

Feuer-

u. diebesichere

Mauerschränke

in allen Größen, durch

Bertramsmann einge-

mauert, liefert

Julius Fischer,

Baugesell.

Wielandstr. 13. Tel. 478.

Aufflärende Broschüre

über

Heilung der Syphilis

ohne Quecksilber u. Sal-

varian d. d. selbstwährende

unschädliche Methode n.

Dr. med. Gunk. Zu be-

ziehen für 5.00 Mk. (o.

Porto) durch Verlag

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

St. Blasius, München.

## Notgeld-Sammler !!

bei mir erhalten Sie noch die seltenen und gesuchten

Bielefelder Reinen- u. Seidenheine

25.— Mk. Seidenheine pro Stück 45.— Mk.

25.— Mk. Seidenheine pro Stück 40.— Mk.

Bielefeld Kriegsnote 1917, Kennz. 43,85 Mk.,

p. Serie 70.— Mk. — Bielefeld Jubiläum notgeld

1921, Kennz. 11.— Mk., p. Serie 19.— Mk. —

Bielefeld 2c. sel. großmutterheine, Kennz. 50 Pf.,

pro Stück 15.— Mk. — Reimold Soldatenheine 4x50

einfchl. Untertoff. u. d. Serie 20.— Mk. — Reimold

Verordn. 10x50, p. Serie 10.— Mk.

In Kürze liefere ich:

Bielefelder 500.— Mk. Seidenheine p. St. 800.— Mk.

Bielefelder 100.— Mk. Seidenheine p. St. 175.— Mk.

Bielefelder 50.— Mk. Seidenheine p. St. 90.— Mk.

Bielefelder 50.— Mk. Seidenheine p. St. 80.— Mk.

Alles liefenfrisch. Sämtliche Aufträge werden pünktl.

erledigt. Großbezug Rabatt! F200k

Notgeldsammler, Bielefeld,

Handlung Paul Salbreiter, Rathausstr. 6.

Wir haben im Mai persönlich in Nord-  
Amerika zu arbeiten und sind dadurch  
in der Lage, noch Aufträge

unter günstigen Bedingungen

zu erledigen.

Aufträge werden

bis zum 20. April 1922

täglich von 10-1 Uhr entgegengenommen.

## Detektive „Kosmos“

Auskunft

Luisenstr. 22 F. 4130

— Gegr. 1909 —

On parle français. English spoken.

la Referenzen und Erfolge.



Garantiert Friedensqualität,  
wieder überall erhältlich,  
wo nicht, wende man sich an F72

L. Minlos & Co. A. G., Köln-Ehrenfeld.



besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

besucht verbilligt

Goldgriff

Speisezimmer,  
prima Arbeit, preiswert  
abzugeben. Koh. Minor,  
Friedrichstr. 57.

Für Kleiderst., Küchen-  
schrank, 2 Betten, 2 Nach-  
tische bill. zu verk. Meier,  
Hermannstr. 1.

Mehlkasten zu verk.  
4x3 Mtr. in der Mitte  
geteilt. Pfeiffer, Dok-  
heimer Str. 126.

## Stenotypistin

gesucht, eigene Schreib-

maschine besitzend, für 2

bis 3 Std. tägl. Haus-

arbeit. Briefe u. G. 159

an den Tagbl.-Verlag.

## Tüncher

Anstreicher

gesucht.

Emil Kleinert

Mühlstr. 7.

## Entlaufen

am 1. 4. kl. schw. kurz-

haariger Hund, w. Br.,

aufrechtst. Ohren.

Tüncher, Schlösserhof.

Um 3. 4. goldgeströmte

Boxer-Hündin

entlaufen. Abgegeben gegen

Belohnung Geflügelarm

Rittershaus, b. d. Kloster-

mühle.

## Schiffs-Nachrichten.

Dampfer „Orania“ 1. April von Bahia, Ausreise.

## Statt Karten.

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen

Berta Hering  
Philipp Höhn.

Kirchen a. d. Sieg

8. April 1922.

Daaden Rhld.

Wiesbaden.

## Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer:

Franz E. Bitterheim, geb. Geis

und Kinder.

Wiesbaden, Platter Str. 62.

## Danksagung.

Für die vielen Beweise der Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unserer unvergesslichen Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante

Frau Emma Selig  
geb. Mayer

sagen wir auf diesem Wege unsern innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wiesbaden, 8. April 1922.

Für die wohlwollenden Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben

Adolf Urban

sagen wir allen unsern innigen Dank.

Im Namen aller:

Rath. Ortseffen und

Eina Götz als Braut.

## Todes-Anzeige.

Hiermit die traurige Mitteilung, daß Freitag abend, 8<sup>1/2</sup> Uhr, mein lieber Sohn, unser Bruder, Schwager und Onkel

Karl Schwarburger

nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Aug. Schwarburger Wwe.

Wiesbaden, den 8. April 1922.

Zimmermannstraße 8.

Die Beilegung erfolgt in aller Stille. — Beileidsbesuche dankend verboten.

## Bestattungs-Anstalt

u. Sargmagazin

Ernst Müller

Gegr. 1860. Fern. 576.

Wallufer Str. 2.

Geb. und Feuer-

Bestattung.

Transport von und

nach auswärt.

Bestattungsförderung des

Bereins für Feuer-

bestattung. E. B.

## Statt Karten.

## Danksagung.

Für die überaus herzliche Anteilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben, unvergesslichen Mannes

Herrn Max Schreiber

bitte ich alle Freunde und Bekannten meinen aufrichtigsten Dank entgegenzunehmen.

Frau Lieselotte Schreiber.

Wiesbaden, 8. April 1922.

## Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die reichen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege allen, namentlich auch dem Badener Verein, unseren herzlichsten Dank.

Familie Steitz.

Wiesbaden, den 8. April 1922.

Nach hartem Lebenskampf verschied heute nacht 1 Uhr im hohen vollendeten 70. Lebensjahr unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Sophie Müller

geb. Hermann.

In tiefer Trauer:

Johanna Müller

Edwig Ochs, geb. Müller

Max Müller und Frau

Eugen Müller

Wilhelm Ochs

und Enkelkinder.

Wiesbaden, Raunhof, Adln, den 7. April 1922.

Kapellenstraße 2.

Die Beerdigung findet Montag, den 10. April, nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß heute mein lieber guter Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel, Herr

Philipp Heine Thoma

Jugführer i. R.

im 61. Lebensjahre nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden erlöst wurde.

Im Namen

der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Magdalene Thoma, geb. Schneider

und Kinder.

Wiesbaden (Waldraustraße 12), 7. April 1922.

Die Beerdigung findet am Montag, den 10. April, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

## Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe, gute Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwägerin

Frau Maria Renson

geb. Euvens

nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, gestärkt durch die heil. Sterbesakramente, im Alter von 66 Jahren, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Emil Renson senior

Hermann Renson u. Familie

Emil Renson junior u. Frau

Willy Renson u. Familie

Paul Renson u. Braut Elly Franzke

Else Renson u. Bräutigam Hugo Lange.

Rambach, den 7. April 1922.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. April, nachmittags 5 Uhr, statt.

## Kirchliche Anzeigen

Sonntag, den 9. April.

Evangelische Kirche.

Samml. am Karfreitag

für die Altershilfe.

Martinskirche. 10 Uhr: Hr.

Dr. Meinede. (Konfirm.

u. Abendmahl.) 5 Uhr:

Hr. Kumpf. — Grün-

donnerstag, nachm. 5 Uhr

Gottesdienst u. Abend-

mahl. Hr. Kumpf. —

Karfreitag, 10 Uhr: Hr.

Dr. Meinede. (Abendm.)

5 Uhr: Hr. Kumpf. (Abendmahl.)

Berkirche. 10 Uhr: Hr.

Diehl. 11.30 Uhr: Kinder-

gottesdienst. Hr. Grein.

5 Uhr: Hr. Kumpf. —

Taufen und Trauungen:

Hr. Grein. Beerdig.

Defan D. Beelenmeyer.

Gründonnerstag, nachm.

5 Uhr: Gottesdienst und

Abendmahl. Hr. Kumpf.

Karfreitag, 10 Uhr: Hr.

Grein. (Abendm.) 5 Uhr:

Defan D. Beelenmeyer.

(Abendmahl.)

Kinskirche. 9 u. 11.30 Uhr

Konfirmation u. Abend-

mahl. Hr. D. Schöller.

5 Uhr: Hr. Kumpf. —

Gottesdienst für Schwer-

hörige, nachm. 3.15 Uhr,

in der Sakristei der Kins-

kirche. Hr. Kumpf. —

Gründonnerstag, nachm.

5 Uhr: Gottesdienst u.

hl. Abendmahl. Hr. D.

Schöller. Karfreitag,

10 Uhr: Hr. Philipp.

(Abendmahl.) 5 Uhr:

Liturgia. Andacht, unter

Mitwirkung des Kins-

und Lutherischen Chors.

(Abendmahl.)

Lutherkirche. Samstag,

11 Uhr: Beichte der Kon-

firmanden. Konfir.-Kat.

Kortbeuer. — Sonntag,

vorm. 9.30 Uhr: Konfir-

mation u. Abendmahl.

Konfir.-Kat. Kortbeuer.

5 Uhr: Hr. Kumpf. —

7 Uhr abends: Jugend-

Abendmahl für junge

Mädchen. Hr. Kumpf.

Gründonnerstag, nachm.

6 Uhr: Gottesdienst.

Beichte u. Abendmahl.

Hr. Kumpf. —

Karfreitag, 10 Uhr: Hr.

Dr. Ott. (Abendmahl.)

(Mitwirkung des Kins-

u. Lutherkirchen-Chors.)

5 Uhr: Konfir.-Kat.

Kortbeuer. (Abendm.)

Paulskirche. Sonntags

10 Uhr: Konfirmation.

Hr. Eichhoff. — Grün-

donnerstag, abds. 8 Uhr:

Gottesdienst u. Abend-

mahl. Hr. Eichhoff. —

Karfreitag, vormittags

10 Uhr: Stillprediger

Sören.

Co. Vereinshaus. Platter

Str. 2. Sonntag, 11.30

Uhr: Kindergottesdienst

Hr. Schöller. Abends

8.30 Uhr: Bibelstunde.

Mitt. Cnderlin. Mitt-

woch, nachm. 5 Uhr:

Bibelstunde. Hr. Dell.

Berkirche. Hr. Dell.

Berkirche. Hr. Dell.

Berkirche. Hr. Dell.

Berkirche. Hr. Dell.

Berkirche. Hr. Dell.

Berkirche. Hr. Dell.

Berkirche. Hr. Dell.

Berkirche. Hr. Dell.

S. Berlin. 7. April. Die Devisenpreise setzten vormittags ihren Rückgang weiter fort, so daß der Dollarkurs bis zu 300 wich: er zog aber während der Bärse wieder an. Dieser

# Frühjahrs-Kleider

zu besonders vorteilhaft

alten Abschlüssen.



Marine, reinwollener  
Kammgarn - Cheviot  
effektreiche Tressen-Garnierung

**1150.-**

Ein Posten **Frühjahrs-Kleider**  
in flotten

Nur solange Vorrat!



Reinwoll. Kammgarn-  
Cheviot in vielen schön. Farben,  
farb. Applikations-Stickeres

**1350.-**

in hellfarbigen Stoffen  
**10.- Mk.**

Verkauf II. Stock!

## Blumenthal.

Kaffee-Restaurant  
**Klosterschenke, Alarenthal.**  
Schöner Ausflugsort!  
**Heute: Großes Schlachtfest.**  
Es labet höflichst ein **B. Höhler.**

Wir offerieren preiswert ab Lager Mainz:

**Benzin**

für alle Verwendungszwecke,

**Gasöl**

rein mineralisch.

**Prima Leuchtpetroleum  
Mineralöle und Fette.**

**Ludwig Reh, G. m. H., Mainz**

An der Kaiserbrücke. Tel. 4429.

F 28

Empfehle in Gebinden, Siphons und Flaschen

**„Pilsner“**  
Urquell

**„Münchener“**  
Löwenbräu

**„Kulmbacher“**  
Sandlerbräu

**Exportbiere**

sowie die beliebten

**Lagerbiere**

aus der **Werger-Brauerei A. G., Worms**

Dotzheimer Str. 28

Telephon 302

**BIERKÖNIG**

Herrnühlgasse 7

Telephon 887

**Herren- u. Damen-Fahrräder**

Bereifung, Reparaturen und alles Zubehör.

**Jugo Wind, Wiesbaden, Herrngartenstraße 4. Telephon 481.**

**Statt Zwangseinquartierung!**

Junger Kaufmann sucht vor sofort oder später

**4-Zimmer-Wohnung.**

Genehmigung des Wohnungsamtes liegt vor.

Offerten unter G. 165 an den Tagbl.-Verlag erbeten.

**Preisauflage!**

**200 Mk. in bar**

zähle ich jedem ohne Ausnahme, wer her-  
den „Lustigen Gesellschafter“ (Scherze,  
Kunststücke, Spiel, Anekdoten usw.) durch  
Voreinsendung des Gesamtbetrages von  
**Mk. 20.-** auf  $\frac{1}{2}$  Jahr abonniert und fol-  
gende Aufgabe richtig löst. **200 Mk.**

? 

|   |   |   |
|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 |
| 4 | 5 | 6 |
| 7 | 8 | 9 |

 ?

Die Werte der 9 Felder sind so abzuändern,  
daß man so oft wie möglich **15** zusammen-  
zahlen kann.

Die **200 Mk.** werden jedem Löser ohne  
Ausnahme in bar ausbezahlt (also keine  
Ausspielung oder weitere Bedingungen), aber  
nur, wenn der Abonnementsbetrag von  
Mk. 20.- beiliegt, andernfalls zwecklos.

Bei Einzahl. auf Postcheckkonto **63 530**,  
Hamburg, erbitte Lösung auf Abschnitt.  
**F. Oderich, Hamburg 31, Lutterothstr. 64.**